

Zusammenfassungen der Einzelbeiträge

Jogo Bonito oder Foul Play? Ein Essay über Emanzipationspotenziale im Fußball (Detlev Claussen)

Der Wandel des Fußballs vom englischen Aristokratenspiel zum globalisierten Massensport offenbart sein emanzipatorisches gesellschaftliches Potenzial. Die gängige Kritik an der Kommerzialisierung übersieht, dass die mit bürgerlichem Gewinnwillen verbundene Professionalisierung auch Chancen der Emanzipation birgt: für Juden, Schwarze, Migranten und für Frauen. Gewiss wird der Fußball in intransparenten Machtstrukturen weltweit vermarktet. Doch Geld schießt keine Tore. Trug der Fußball anfangs zur innergesellschaftlichen Pazifizierung bei, so hat er bis heute eine demokratisierende Komponente. Im Prinzip kann jeder mitspielen oder zuschauen. Die WM in Brasilien 2014 macht soziale Ungleichheit und korrupte Organisation sportlicher Weltereignisse sichtbar – aber eben auch das utopische Potenzial der Freude am Spiel.

1.1. Vom Kontinent der Gewalt zum Friedensprojekt – und zurück? Zur Existenzkrise der Europäischen Union (Peter Schlotter)

Die Erweiterung hat die Handlungsfähigkeit der EU überdehnt. Die Turbulenzen in der Währungsunion haben offengelegt, dass sie weder auf einer Solidargemeinschaft noch auf annähernd gleich leistungsfähigen Volkswirtschaften beruht. Die bisherige Annahme, die Vergemeinschaftung ergebe sich aus einer „Sachlogik“, findet in den Mitgliedstaaten nur noch geringe Zustimmung. Ein Erweiterungsstopp wäre an sich notwendig, könnte indes hinfällig werden, wenn die Möglichkeit des Beitritts weiterer Staaten aus politischen Gründen offengehalten werden muss. Mehr Demokratie in der EU könnte die Krise des Integrationsprozesses abmildern, würde aber wahrscheinlich auch die Fliehkräfte in der Gemeinschaft noch mehr verstärken. Es gibt mithin keinen Königsweg aus der Sackgasse, in die sich das bisher so erfolgreiche Friedensmodell der europäischen Integration manövriert hat.

1.2. Der Erste Weltkrieg: nur noch Geschichte? (Wolfram Wette)

Ein Jahrhundert nach 1914, nach zwei Weltkriegen und einem kalten Krieg, bietet sich die Chance zu einem vergleichenden Nachdenken über das, was 1914 und 2014 verbindet und was die beiden Daten trennt. In den Blick kommen Themen wie das militaristische System des Kaiserreiches und die Entmilitarisierung nach 1945, der Wandel in der Einstellung der Eliten zum Krieg als Mittel der Politik sowie zu einer Politik der Kriegsverhütung, der damalige Nationalismus und die strukturelle Pazifizierung Europas im Innenverhältnis sowie die Weiterentwicklung des Völkerrechts. Von großer Bedeutung ist die späte Abkehr von der damals vorherrschenden Kriegsmetaphysik, die einen friedenspolitischen Bewusstseinswandel ermöglichte. Nicht zu übersehen ist die Gefahr, dass mit dem zeitlichen Abstand zu 1914 die fundamentalen Lehren verblassen, die mit diesem Datum verknüpft sind.

1.3. Plädoyer für europäische Verteidigungskräfte (Paul Vallet)

Es gibt viele gute Gründe für die Schaffung europäischer Verteidigungskräfte. Deren Befürworter können sich darauf berufen, dass in der Gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GASP und GSVP) längst zahlreiche Ansätze dazu vorhanden sind. Es geht darum, sie zu Ende zu bringen. Trotz vieler, von der Finanzkrise verschärften Hindernisse und trotz einer gewissen „Expeditionsmüdigkeit“ wären europäische Verteidigungskräfte eine realistische Antwort auf die regionalen und globalen Risiken, die Europa als Ganzes betreffen. Es gilt, diese Herausforderungen den Öffentlichkeiten in den EU-Mitgliedstaaten bewusst zu machen und nationale Vorbehalte zu überwinden. Europäische Verteidigungskräfte könnten im Dienste der UNO dem Frieden als Norm *und* Macht dienen. Voraussetzung dafür ist, dass Europa seinen Willen zur Vereinigung und zum Handeln wiederfindet.

1.4. Europäische Armee: eher Chimäre als Vision! (Hans-Georg Ehrhart)

Angesichts sinkender Verteidigungsbudgets gewinnt die Idee einer „Europäischen Armee“ in Deutschland an Attraktivität. Einzuwenden ist, dass die verfassungsrechtliche Hürde zu hoch liegt, die beiden großen Volksparteien das Ziel der „Vereinigten Staaten von Europa“ aus ihrem Programm gestrichen haben, die anderen EU-Mitgliedstaaten keine europäische Armee wollen, die unterschiedlichen sicherheitspolitischen Kulturen diesen Integrationssprung nicht erlauben und die korporativen Widerstände zu groß sind. Vor allem sprechen normative Erwägungen gegen eine integrierte europäische Armee. Sie würde das Sicherheitsdilemma verstärken, die Vermittlerrolle der EU schwächen und den hohen deutschen Standard demokratischer Kontrolle des Militärs untergraben. Sinnvoller sind pragmatische Ansätze einer engeren sicherheitspolitischen Kooperation gemäß dem Idealbild einer Friedensmacht Europa.

*1.5. Der Europäische Auswärtige Dienst: gute Arbeit für den Frieden?
(Bernhard Rinke)*

Der Europäische Auswärtige Dienst und seine Leiterin, die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton, sollten dafür sorgen, dass die EU kohärenter als in der Vergangenheit agiert, sichtbarer auftritt und in weltpolitischen Fragen mit einer Stimme spricht. Licht und Schatten prägen die friedenspolitische Bilanz. Dem enttäuschenden Befund für das EU-Krisenmanagement stehen diplomatische Erfolge Lady Ashtons im Dialog mit Iran und bei der Vermittlung zwischen Serbien und dem Kosovo gegenüber. Die außenpolitischen Handlungsdefizite der EU lassen sich mittels Optimierung der institutionellen Strukturen und Neubesetzung des Amtes des EU-Außenbeauftragten nicht beheben. Vor allem kommt es darauf an, dass die Europäische Kommission und die EU-Mitgliedstaaten den Europäischen Auswärtigen Dienst als Multiplikator ihrer Handlungsmöglichkeiten betrachten.

1.6. Ungenutztes Potenzial: für eine politische Strategie beim Einsatz von Polizei in den Friedenseinsätzen der EU (Steffen Eckhard und Philipp Rotmann)

Polizeiliche Kompetenzen sind der Exportschlager der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Seit 2003 leisten EU-Polizeimissionen Beiträge zur Herstellung öffentlicher Sicherheit und zum Aufbau lokaler Polizeibehörden in Konfliktländern. Der Auf- und Umbau von Sicherheitsinstitutionen wird dabei als funktionaler Kapazitätsaufbau betrieben; als eine politikfreie Zone der „Ertüchtigung“ von Partnern, deren wesentlicher Unterschied zu einer effektiven und verantwortlichen Polizei in ihren Kapazitätsdefiziten besteht. Europäische Polizeikräfte können ihrem friedenspolitischen Potenzial nur dann gerecht werden, wenn sie befähigt werden, auch die politische Dimension ihrer Mandate effektiv und verantwortlich wahrzunehmen. Dem stehen gegenwärtig die Brüsseler Bürokratie und Partikularinteressen von Mitgliedstaaten im Weg.

1.7. Europa off limits: Aufrüstung an den EU-Außengrenzen (Ruth Vollmer und Marc von Boemcken)

Tausende Menschen kommen jährlich bei dem Versuch, Europa zu erreichen, ums Leben. Das Grenzsicherungsregime der Europäischen Union und ihrer Mitglieder trägt an dieser andauernden Tragödie eine Mitschuld. Dennoch wird es immer weiter ausgebaut, sei es durch die kontinuierliche Steigerung des Budgets der europäischen Grenzschutzagentur Frontex, sei es durch die Einbindung der Anrainerstaaten der EU. Dabei stehen die Argumente für eine letztlich auf Abschottung zielende Politik der Grenzsicherung auf ausgesprochen wackligen Beinen. Es ist deshalb allerhöchste Zeit für einen radikalen Kurswechsel im Umgang mit Migration. Die EU und ihre Mitgliedstaaten sollten sich von fragwürdigen gesellschafts- und sicherheitspolitischen Bedenken verabschieden und stattdessen die Migration – und nicht ihre Verhinderung – als die eigentliche politische Gestaltungsaufgabe begreifen.

1.8. Gemeinsam uneinig: Ambivalenzen in der Kontrolle europäischer Rüstungsexporte (Marc von Boemcken und Jan Grebe)

Artikel 346(b) des Vertrags über die Arbeitsweise der EU erklärt die Kontrolle über den Handel mit Waffen, Munition und Kriegsmaterial ausdrücklich zur nationalen Angelegenheit der Mitgliedstaaten. Gleichzeitig versucht die EU durch den Gemeinsamen Standpunkt zur Ausfuhr von Militärgütern von 2008, die Konvergenz zwischen den Rüstungsexportpolitiken der Mitglieder zu erhöhen. Hinsichtlich ihrer Genehmigungspraxis gibt es dennoch erhebliche Unterschiede. Diese Uneinigkeit stellt besonders vor dem Hintergrund der graduellen Erleichterung von Rüstungsexporten innerhalb der EU ein friedenspolitisches Problem dar. Sie erhöht die Flexibilität der Rüstungskonzerne, die bei Waffengeschäften mit außereuropäischen Staaten nunmehr den Weg des geringsten Widerstandes gehen können. Perspektivisch bietet sich an, diesem Problem mit einer Abschaffung des Artikels 346, einer Zentralisierung der europäischen Rüstungsexportkontrolle sowie einer damit einhergehenden Verschärfung des Gemeinsamen Standpunktes zu begegnen.

1.9. Debatte beendet? Die EU, Deutschland und die Antiterrorpolitik nach der NSA-Affäre (Hendrik Hegemann und Martin Kahl)

Die Ausforschung von Kommunikationsdaten durch die NSA hat auch in Europa für breite Kritik gesorgt. Die öffentliche Debatte ist bisher allerdings politisch weitgehend folgenlos geblieben. Eine grundlegende, selbstkritische Reflexion über Stand und Richtung europäischer Antiterrorpolitik hat bisher kaum stattgefunden. Sie wäre aber aus drei Gründen erforderlich: der ungeklärten Rolle europäischer Regierungen und ihrer Dienste bei der Ausspähung von Daten, der Fülle der von der EU und ihren Mitgliedstaaten ergriffenen und bisher kaum überprüften Antiterrormaßnahmen sowie der nach Auslaufen des aktuellen Fünfjahresprogramms noch offenen zukünftigen Ausrichtung der Innen- und Justizpolitik der EU. Neben der Aufklärung der NSA-Affäre ist eine Überprüfung und Diskussion der Angemessenheit und Wirksamkeit auch der europäischen Antiterrorpolitik dringend notwendig.

2.1. Der autoritäre Sicherheitsapparat und der Kampf gegen den „islamistischen Terror“: politische Gewalt in Ägypten seit 2011 (Irene Weipert-Fenner)

Nach dem Militärputsch vom Juli 2013 stieg die politische Gewalt in Ägypten erheblich an. Doch verdeckt der ausgerufene „Kampf gegen den Terror“, dass seit 2011 die meiste Gewalt vom autoritären Sicherheitsapparat ausging, der es zudem unterließ, von Zivilisten vor allem gegen Frauen und Kopten ausgeübte Gewalt zu bekämpfen. Die Amtszeit Mursis war gekennzeichnet von dem – letztlich gescheiterten – Versuch, diese Strukturen für die eigene Politik zu nutzen, statt sie zu reformieren. Das ist indes von der Gewalt militanter Islamisten auf der Sinai-Halbinsel zu unterscheiden. Chancen für eine Reform des Sicherheitssektors sind momentan gering; doch mittelfristig könnten lokale Akteure erneut auf die Diskussion möglicher Reformen der Polizeikräfte, die selbst gegen ihre Arbeitsbedingungen protestieren, zurückgreifen.

2.2. Nigeria – Gewaltursache Religion? (Andreas Hasenclever und Jan Sändig)

Die Scharia-Krise in den frühen 2000er Jahren, die Konflikte in Plateau State und die Rhetorik der Terrorgruppe Boko Haram legen die Vermutung nahe, dass religiöse Differenzen die Gewalt in Nordnigeria motivieren. Und in der Tat haben die Spannungen zwischen Christen und Muslimen seit dem Amtsantritt von Olusegun Obasanjo 1999 in weiten Teilen des Landes zugenommen. Gleichwohl lässt sich zeigen, dass sich hinter der religiösen Gewaltretorik immer wieder handfeste politische und ökonomische Interessen verbergen. Außerdem ist die Unterstützung für extremistische Gruppen in der muslimischen Bevölkerung des Nordens bemerkenswert gering. Davon unbenommen bleibt die Gefahr, dass die Gewalt eine Eigendynamik entwickelt und die Gesellschaft entlang religiöser Differenzen weiter polarisiert.

2.3. *Zwischen „kommunaler Gewalt“ und „Genozid“: Dimensionen religiöser Konflikte in Myanmar (Michael Lidauer)*

Der politische Transformationsprozess Myanmars erhält große internationale Aufmerksamkeit. Dabei steht meist die Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi im Mittelpunkt, obwohl sie sich neuen Menschenrechtsverletzungen gegenüber mit Kritik oftmals zurückhält. Der Weg der Reformen ist durch historisch gewachsene, religiös gefärbte Konflikte gefährdet. Buddhistische Extremisten provozieren mit Hassreden öffentliche Gewalt gegen Muslime. Diese Ressentiments richten sich in erster Linie gegen die staatenlose Gruppe der Rohingya, breiten sich aber aus und betreffen zunehmend auch andere Muslime. Die international angestoßene Sicherheitssektorreform kann interreligiöse Gewalt in Myanmar eindämmen, aber nicht beenden. Neben humanitärer Hilfe und vertrauensbildenden Maßnahmen wird die Rohingya-Problematik langfristig nur über eine staatsbürgerliche Anerkennung gelöst werden können. Dabei muss sich jegliche Unterstützung von außen der hohen Sensibilität des Themas sowie der Fragilität des gesamten Transformationsprozesses bewusst sein.

2.4. *Gefährdete Regime oder gefährliche Muslime? Politischer Islam in Zentralasien (Andreas Heinemann-Grüder)*

Zentralasien fungiert als Hort geopolitischer Konkurrenz zwischen Russland, den USA, China und der EU, als Drehscheibe des Drogenhandels sowie als Nährboden für Islamisten. Die zentralasiatischen Regime sind nach wie vor mit Sicherheitsproblemen konfrontiert, die aus der mangelnden Integration ethnisch-religiöser Vielfalt, personalisierter Herrschaft, schwacher Regimeleistung und porösen Grenzen resultieren. Zu unterscheiden ist zwischen der Wiederbelebung des Islam im Alltag und dem politischen Islam. Die staatliche Missachtung von Menschen- und Bürgerrechten bietet den Nährboden für eine neue Generation von Islamisten. Vordringlich sind eine grundlegende Reform des Sicherheitssektors und die Förderung von Normen des Pluralismus, der Diversität, der religiösen Toleranz und der Inklusion in der politischen Bildung.

3.1. *Die „neue westliche Kriegsführung“ wirft mehr Probleme auf als sie löst (Niklas Schörnig)*

Folgt man den gängigen Statistiken zu Krieg, so scheinen Staatenkriege der Vergangenheit anzugehören. Dies gilt ganz besonders für westliche Staaten. Wenn sie sich militärisch engagieren, dann fast ausschließlich im Rahmen asymmetrischer Konfliktsituationen. Für dieses Engagement gelten aber besondere Regeln: Es gilt, eigene Opfer zu vermeiden und das eigene Handeln mediengerecht zu gestalten. Hierzu bietet sich besonders der Rückgriff auf Spezialeinheiten und bewaffnete Drohnen an, die den Krieg in hohem Maße individualisieren und bewirken, dass Krieg zunehmend als eine Art erweiterter Polizeieinsatz wahrgenommen wird. Diese Sicht verführt dazu, die Gefahr der Rückkehr „klassischer“ zwischenstaatlicher Kriege – vor allem in Asien – systematisch zu unterschätzen und dieser möglichen Entwicklung unvorbereitet gegenüberzustehen.

3.2. *Die Geheimdienste und das Militär: neue Bedrohungen im Cyberspace*
(Götz Neuneck)

Weltweit besteht Sorge, dass das Internet den Status eines „stabilen, offenen, freien und friedlichen“ globalen Kommunikationsnetzes verliert und zu einer neuen Domäne der Kriegsführung oder zum Objekt von „kinetischer“ Kriegsführung wird. Cyberspionage und Sabotage sowie Cybertools wie Stuxnet zeigen, dass Staaten an offensiven Fähigkeiten zur Unterbrechung von zentralen gesellschaftlichen Funktionen arbeiten. Zur Abwendung von militärischen Cyberattacken verstärken die Geheimdienste ihre Tätigkeit im Internet. Militärs richten Cyberkommandos ein und entwickeln offensive Fähigkeiten. Ein umfassender Cyberkrieg ist sehr unwahrscheinlich, es besteht aber die Gefahr eines digitalen Wettrüstens. Internationale Anstrengungen und Normen für verantwortungsvolles Staatsverhalten sind nötig, um Frühwarnung, Rechtssicherheit und Vertrauensbildung international zu etablieren.

3.3. *„It was the best of times, it was the worst of times“. Internet und Demokratie nach den Snowden-Leaks* (Thorsten Thiel)

Wie hat sich im Zuge der durch Edward Snowden enthüllten Überwachungspraktiken westlicher Geheimdienste der Diskurs über die Chancen und Risiken des Internets verändert? Die Hoffnung auf die emanzipatorische, demokratieförderliche Wirkung digitaler Kommunikation verblasst, an ihre Stelle tritt ein Bewusstsein für die Gefahren kommerzieller und staatlicher Datensammlung. Doch beide Perspektiven überschätzen den Grad der determinierenden Wirkung der technischen Entwicklung und gewichten dagegen die sozialen und politischen Faktoren zu gering. Um das Potenzial des Netzes für Demokratie und Demokratisierung zu realisieren, wird es notwendig sein – auch oder sogar gerade vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Vertrauenskrise – die Offenheit des Netzes in technischer, rechtlicher und politischer Hinsicht zu sichern.

4.1. *Revolution und Revanche: die Ukraine am Abgrund* (Andreas Heinemann-Grüder)

Mit der Einverleibung der Krim als Reaktion auf die von außen unterstützte Revolution in der Ukraine steht die bisherige Russlandpolitik des Westens vor einem Scherbenhaufen. Russlands autoritäre Herrschaft schlägt sich auch in seinem Außenverhalten nieder. Zwar rückt der Westen nach dem Bruch des Völkerrechts durch Wladimir Putin wieder näher zusammen, doch wäre die Kritik glaubwürdiger, wenn er selber das Völkerrecht respektieren würde. Indem die EU der Ukraine eine Entscheidung zwischen Assoziierungsabkommen und Russland abverlangte, hat sie die Krise, die weit über die Krim und die geopolitische Zugehörigkeit der Ukraine hinaus reicht, mit provoziert. Jetzt gilt es, in der Ukraine auf einen nationalen Ausgleich hinzuwirken und mit Russland einen neuen *Modus vivendi* jenseits der dysfunktional gewordenen gemeinsamen Institutionen zu finden.

4.2. *Das Chemiewaffenmassaker in Syrien und seine Folgen – Katalysator für Rüstungskontrolle im Nahen Osten (Dorte Hühnert, Bernd W. Kubbig und Christian Weidlich)*

Mit dem völkerrechtswidrigen Einsatz von Chemiewaffen gegen die syrische Zivilbevölkerung erreichte der Bürgerkrieg in Syrien im Sommer 2013 eine qualitativ neue Dimension. Nach deutlichen amerikanischen Drohungen mit einem Militärschlag kam es zu einem überraschenden diplomatischen Ad-hoc-Bilateralismus zwischen Moskau und Washington. Das Assad-Regime entschied, dem Chemiewaffenübereinkommen beizutreten und in die vollständige Zerstörung seines Chemiewaffenarsenals einzuwilligen. Der Bürgerkrieg in Syrien ist damit nicht beendet, doch ist dies der bislang größte Abrüstungserfolg in der Region. Von ihm könnten wichtige Impulse für eine neue Abrüstungsdynamik ausgehen, die weitere Möglichkeiten für den Helsinki-Prozess zur Errichtung einer Zone frei von allen Massenvernichtungswaffen und deren Trägersystemen im Nahen Osten eröffnen könnte.

4.3. *Vom syrischen Bürgerkrieg zum Flächenbrand? (Magdalena Kirchner)*

Auch im vierten Jahr des syrischen Bürgerkrieges liegt eine Lösung des Konflikts zwischen der Regierung Präsident Bashar al-Assads und der Opposition unter Führung der Nationalen Koalition in weiter Ferne. Neben den katastrophalen Folgen für die Zivilbevölkerung und Anzeichen für einen graduellen Staatszerfall gewinnt der Krieg zunehmend an Bedeutung als destabilisierender Risikofaktor für den gesamten Nahen und Mittleren Osten. Entfacht sich am syrischen Bürgerkrieg ein regionaler Flächenbrand? Einerseits scheint die Sorge vor einer Ausweitung des Konflikts andere Staaten insbesondere von einem militärischen Eingreifen abzuschrecken. Andererseits lösen die Dynamik des Stellvertreterkrieges und die steigende Rolle nicht-staatlicher Akteure einen Schmelbrand aus, der innenpolitische Konflikte in den Nachbarstaaten und darüber hinaus massiv verschärfen könnte.

4.4. *Afghanistan: von der Bürgerkriegs- zur Interventionsruine? (Conrad Schetter)*

Wie man es auch drehen und wenden mag: Der Ausblick auf die Zukunft Afghanistans ist äußerst ernüchternd. Das Land droht zu einer Interventionsruine *par excellence* zu werden. Ob durch einen erneuten Bürgerkrieg oder aber durch einen auf Jahrzehnte hin schwachen Staat, viele der Entwicklungsmaßnahmen der letzten 13 Jahre werden wohl wieder rückgängig gemacht, verfallen oder bleiben ungenutzt. Trotz der Schwäche der staatlichen Institutionen gilt es, Afghanistan weiterhin finanziell zu unterstützen, gleichzeitig aber die NATO-Präsenz möglichst schnell auf das allernötigste Maß herunterzufahren. Zivile Maßnahmen gehören von militärischen Operationen entkoppelt. Allein ein auf Generationen angelegtes, ziviles Engagement vermag es, Afghanistan in eine friedliche Zukunft zu führen.

4.5. *Legitimationsdefizite und deformierte Staatlichkeit – Pakistans Stabilitätsprobleme (Jochen Hippler)*

Mit der Sorge um die unsichere Zukunft Afghanistans sind Befürchtungen verbunden, wonach sich Instabilität und Gewalt auf das Nachbarland Pakistan auswirken könnten. Vor diesem Hintergrund ist die Stabilität Pakistans von höchster Bedeutung. Das Land hat sich in den letzten Jahrzehnten oft als unfähig erwiesen, seine politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme zu lösen. Trotz dieser negativen Tendenz ist Pakistan immer noch kein „gescheiterter Staat“ wie oft prognostiziert. Das Land hat bislang eine erstaunliche Fähigkeit besessen, sich durch Probleme zu manövrieren. Die erstarkten Mittelschichten drängen in die Politik und fordern verstärkt Partizipation, politische Rechte und gute Regierungsführung ein. Dies hat die alten Eliten mehrfach zu Zugeständnissen gezwungen und könnte der Anfang eines gesellschaftspolitischen Umbruchs sein.